Unterrichtung

über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Malborn am Mittwoch, dem 16.März 2016 um 19.30 Uhr im Jugendraum der Steinkopfhalle in Malborn

Ortsbürgermeisterin Hogh eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Sie stellte fest, dass die Mitglieder des Ortsgemeinderates nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines neuen Ortsgemeinderatsmitglieds
2. Forstangelegenheiten;
Forsteinrichtungswerk
3. Vorstellung des neuen Revierförsters
4. Friedhofsangelegenheiten
5. Bauangelegenheiten;
Kindergarten
6. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014
7. Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2014
8. Projekt Breitbandausbau im Landkreis Bernkastel-Wittlich;
hier: Zuständigkeitsübertragung auf die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf gem.
§ 67 Abs. 5 GemO
9. Wahl eines neuen Mitglieds in den Haupt- und Finanzausschuss
10. Ankauf AS-Mäher
11. Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin
12. Einwohnerfragestunde

Zu Top 1: (Verpflichtung eines neuen Ortsgemeinderatsmitglieds)

Zunächst teilte Ortsbürgermeisterin Hogh mit, dass Herr Christian Synwoldt auf sein Mandat verzichtet habe und Frau Bettina Schmitt für ihn in den Ortsgemeinderat nachgerückt sei.

Gemäß § 30 Abs. 2 GemO verpflichtete sie Frau Bettina Schmitt namens der Ortsgemeinde durch Handschlag und wies sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten hin.

Zu Top 2: (Forstangelegenheiten; Forsteinrichtungswerk)

Die Vorsitzende teilte mit, dass die Ortsgemeinde zur Durchführung der Waldinventur verpflichtet sei. Im Zuge der Beratungen zur Beförderung sei bereits ausführlich über das Forsteinrichtungswerk diskutiert worden. Der Rat habe sich für eine geteilte Lösung ausgesprochen. Demnach solle die Beförderung weiterhin bei Landesforsten verbleiben, die Forsteinrichtung (Inventur) jedoch durch einen Dritten (Privates Planungsbüro) erfolgen, um eine unabhängige Beurteilung der Sachlage zu erhalten.

Ein formaler Beschluss hierzu stehe noch aus, da zunächst Fragen der Besteuerung geklärt werden sollten. Die aufgrund von Daten der zurückliegenden Jahre durchgeführten Berechnungen hätten ergeben, dass derzeit ein Wechsel der Besteuerung kaum Vorteile bringe. Die Kosten für das Forsteinrichtungswerk würden bei einer Vergabe an ein privates Planungsbüro zu 100 % gefördert, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer, die von der Ortsgemeinde zu tragen sei.

In der nachfolgenden Beratung wurde die Vergabe des Forsteinrichtungswerkes an ein privates Planungsbüro kontrovers diskutiert. Unter Hinweis auf die Finanzierung der laufenden Investitionsmaßnahmen seien weitere zusätzliche vermeidbare Kosten für die Übernahme der Mehrwertsteuer nicht darstellbar. Zudem würden ortsansässige Arbeitnehmer bei Landesforsten beschäftigt.

Dem wurde entgegnet, dass der Ortsgemeinderat bisher bemüht war, die Bewirtschaftung des Waldes grundsätzlich zu überprüfen. Dies könne zunächst nur durch die Vergabe des Forsteinrichtungswerkes an ein privates Planungsbüro erfolgen.

Nach erfolgter Beratung beantragte Ratsmitglied Eisele, den Tagesordnungspunkt wegen Prüfung der bisherigen Beschlusslage und den Auswirkungen auf die zukünftige Beschlussfassung zu vertagen.

Der Beschluss erfolgte mit 13 Ja-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen.

Zu Top 3: (Vorstellung eines neuen Revierförsters)

Die Vorsitzende teilte mit, dass Herr Schön mit der Leitung des Forstreviers Malborn beauftragt worden sei.

Anschließend informierte Herr Schön über seinen Werdegang und beantwortete von den Ratsmitgliedern gestellte Fragen zum Forstbetrieb, dem Zustand des Waldes und zukünftiger Maßnahmen im Bereich der Forstwirtschaft.

Forstamtsleiter Buss verwies auf die anstehenden Beratungen zum Forstwirtschaftsplan und dem Forsteinrichtungswerk.

Ortsbürgermeisterin Hogh bedankte sich für die Ausführungen und bat Herrn Schön um Unterstützung bei den Beratungen zur Forstwirtschaft. Insbesondere solle ein ständiger Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft „Wald“ bestehen. Zunächst finde am 18.03.2016 um 14.30 Uhr eine Waldbegehung statt.

Zu Top 4: (Friedhofsangelegenheiten)

a) Vergabe der Planungsleistungen für die Friedhöfe in Malborn und Thiergarten

Ortsbürgermeisterin Hogh informierte, dass durch den Wandel der Bestattungskultur mittlerweile zahlreiche Bestattungsformen nachgefragt würden. Auf den Friedhöfen in Malborn und Thiergarten würden momentan folgende Möglichkeiten der Bestattung angeboten:

Reihengrabstätten:

Einzelgrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr

Einzelgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr

Einzelgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr als Rasengrabstätte

Urnengrabstätten:

Urnengrabfeld

Urnenrasengrabfeld

Die derzeit vorhandenen Freiflächen bzw. nicht belegten Flächen würden für eine nachhaltige Friedhofsplanung nicht ausreichen, wodurch eine umfassende Überplanung des Friedhofes mit dem Ziel einer grundlegenden langfristigen Sanierung notwendig ist.

Es seien diverse Planungsbüros um die Abgabe eines Angebots gebeten worden. Lediglich zwei Planungsbüros hätte ein Angebot abgegeben. Berücksichtigt wurden die Leistungsphasen 1 bis 4 der HOAI. Die Vergabe der Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) sei erforderlich, um mögliche Förderanträge zu stellen. Ansonsten seien zunächst nur die Leistungsphasen 1 – 3 der HOAI zu erbringen.

Preisgünstigster Anbieter sei das Planungsbüro Rummel, Mertesdorf, mit einer pauschalen Angebotssumme in Höhe von 4.284,00 € brutto.

Nach erfolgter Beratung beschloss der Rat die Vergabe der Planungsleistungen 1 – 4 HOAI an das Planungsbüro Rummel, Mertesdorf, zum Pauschalangebot vom 15.03.2016 in Höhe von 4.284,00 €.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

b) Antrag der CDU-Fraktion

Die Vorsitzende teilte mit, dass der Antrag der CDU-Fraktion auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Anlage eines Urnengräberfeldes auf dem Friedhof in Malborn“ für die Sitzung am 19.01.2016 von ihr aufgrund der Bestimmungen der Gemeindeordnung abgelehnt wurde. Der Antrag sei verspätet eingereicht worden und es habe keine Dringlichkeit bestanden. Daraufhin sei der Antrag gestellt worden, diesen während der heutigen Sitzung zu beraten.

Die CDU-Fraktion schlage vor, als Standort für das neue Urnengrabfeld die Fläche links des Haupteinganges auszuweisen. Dieses Gräberfeld sei in den unteren 10 Metern bereits eingeebnet und geschottert. Die Grünfläche an der Leichenhalle soll auch weiterhin als Standfläche bei Trauerfeiern sowie für die Fronleichnamsprozession zur Verfügung stehen.

Nach erfolgter Diskussion schlug Ratsmitglied Eisele vor, zunächst die Planung zu erstellen und hierbei den Antrag der CDU-Fraktion zu berücksichtigen.

Ortsbürgermeisterin Hogh wies darauf hin, dass ihr der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Steinmetz, mitteilen wollte, dass der Antrag zurückgezogen werde. Eine entsprechende Nachricht habe sie aber bis jetzt nicht erhalten. Sie fragte daher nach, ob die CDU-Fraktion den Antrag zurücknehme. Ratsmitglied Neurohr bestand auf einer Abstimmung über den Antrag.

Anschließend wurde über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt und dieser abgelehnt.

Der Beschluss erfolgte mit 13 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 1 Stimm-Enthaltung.

Nach der Beschlussfassung sprach sich der Ortsgemeinderat dafür aus, den Antrag der CDU-Fraktion bei der Erstellung der Vorplanung zu berücksichtigen. Weiterhin soll die Vorplanung für den Friedhof in Thiergarten auch im Ortsbeirat beraten werden.

Zu Top 5: (Bauangelegenheiten; Kindergarten)

Die Vorsitzende teilte mit, dass bei den Abbruch-, Erd- Maurer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten zusätzlich unvorhergesehene Leistungen erforderlich sind. Die Fa. Knob GmbH, Morbach habe diese mit Nachtragsangebot vom 12.02.2016 in Höhe von 5.449,13 € angeboten. Hierbei sei zu beachten, dass die Leistungen der Positionen 10.1.002, 10.1.004 und 10.1.005 während der

Bauphase zusätzlich angefallen sind und die Leistungen der Positionen 10.1.001 und 10.1.003 in Abstimmung mit ihr ausgeführt werden.

Das Architektur- und Ingenieurbüro Jakobs-Fuchs, Morbach, habe die Preise des Nachtragsangebotes als angemessen und wirtschaftlich bezeichnet.

Nach erfolgter Beratung beschloss der Ortsgemeinderat, den Leistungen gemäß dem Nachtragsangebot der Fa. Knob GmbH, Morbach, vom 12.02.2016 in Höhe von 5.449,13 € zuzustimmen.

Der Beschluss erfolgte mit 14 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung.

Zu Top 6: (Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergab Ortsbürgermeisterin Hogh das Wort an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Ralf Rischner.

Dieser teilte mit, dass in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 03.02.2016 die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 stattfand. Die Schlussbilanz sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung 2014 lag den Ratsmitgliedern vor.

Die Prüfungsergebnisse in Form der bezeichneten Prüfberichte wurden in ihrer Gesamtheit wie folgt festgestellt:

I. Gesamtaussage zum Jahresabschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss – bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und Anhang – für das Haushaltsjahr 2014 in seiner Sitzung am 03.02.2016 nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 GemO geprüft. Dem Jahresabschluss waren als Anlagen beigefügt: der Rechenschaftsbericht, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht, die Verbindlichkeitsübersicht und eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Ortsbürgermeisters der Ortsgemeinde Malborn. Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

II. Prüfergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Malborn.

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 führte zu folgendem Ergebnis:

1. Die Bilanz schließt auf der Aktiv- und Passivseite mit einer Bilanzsumme von 12.067.674,72 € ab und weist in der Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 269.658,09 € aus.
2. Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht entsprechen den gesetzlichen Vorschriften, den Satzungen und ortsrechtlichen Bestimmungen:
  - die allgemeinen Bewertungssätze gemäß § 33 GemHVO wurden eingehalten;
  - ein Inventar gem. § 31 GemHVO liegt vor;
  - die Buchführung ist in dem von uns geprüften Umfang beweiskräftig;

- der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und seine Angaben vermitteln keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Malborn;
3. Es wird ein Eigenkapital in Höhe von 6.744.101,12 € ausgewiesen. Das Eigenkapital hat sich demnach gegenüber dem 31.12.2013 um 269.658,09 € erhöht.
4. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen:
- im Prüfungszeitraum hat sich das Vermögen um 222.217,87 € auf 12.067.674,72 € vermindert;
  - das Fremdkapital einschließlich der Rückstellungen verminderte sich um 242.127,00 € auf 2.181.457,79 €.
5. Abschließende Bewertung des Ergebnisses der Prüfung:
- die Verbindlichkeit gegenüber der Verbandsgemeinde hat sich in 2014 um 87.586,08 € auf 244.733,21 € vermindert.
  - die Investitionskredite haben sich in 2014 um 75.618,74 € auf 1.630.861,77 € vermindert.

6. Prüfungsempfehlung:

Nach Abschluss unserer Prüfung empfehlen wir die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 durch den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Malborn und die Erteilung der Entlastung gem. § 114 GemO.

Es wird empfohlen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, sofern keine vorherige Zustimmung erfolgte, nachträglich zu genehmigen (§ 100 GemO).

Anschließend wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2014 mit Anhang und Anlage entsprechend der Verwaltungsvorlage gem. der Darstellung in der Anlage 1 zu dieser Niederschrift vom Ortsgemeinderat gem. § 114 Abs. 1 S. 1 GemO festgestellt. Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, sofern keine vorherige Zustimmung erfolgte, wurden gem. § 100 GemO genehmigt.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Ortsbürgermeisterin Hogh, die Ortsbeigeordneten Eisele, Ganz und Lauer haben gem. § 110 Abs. 4 GemO an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Top 7: (Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2014)

Aufgrund der Prüfung und den Feststellungen zu dem Jahresabschluss 2014 wurde von Ratsmitglied Ralf Rischner der Antrag gestellt, dem Bürgermeister, Ortsbürgermeister und den Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung zu erteilen.

Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat entsprechend der Empfehlung der Rechnungsprüfer bezüglich den Jahresabschluss 2014 der Ortsgemeinde Malborn dem Bürgermeister,

dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten Entlastung zu erteilen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Die Ortsbürgermeisterin und die Beigeordneten haben gem. § 110 Abs. 4 GemO an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

**Zu Top 8: (Projekt Breitbandausbau im Landkreis Bernkastel-Wittlich;
hier: Zuständigkeitsübertragung auf die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf gem. § 67 Abs. 5 GemO)**

Einleitend teilte Ortsbürgermeisterin Hogh mit, dass von der Verbandsgemeindeverwaltung Thalfang am Erbeskopf gegenüber dem Landkreis Bernkastel-Wittlich angeregt wurde, im Rahmen einer vom Land geförderten Machbarkeitsstudie Lösungen für alle unterversorgten Kommunen zu erarbeiten. Der Landkreis habe dies seinerseits aufgegriffen und einen entsprechenden Antrag für das gesamte Kreisgebiet gestellt, der dann auch bewilligt wurde. Als Ergebnis einer beauftragten Machbarkeitsstudie sollen konkrete Vorschläge vorliegen, wie die Unter-versorgung in den betreffenden Ortsgemeinden mit entsprechender Förderung des Landes Rheinland-Pfalz sowie des Bundes reduziert werden können.

Um dies zu erreichen, müsste in einem ersten Schritt die Kompetenz zum Breitbandausbau bzw. zur Förderung des Breitbandausbaus von den Ortsgemeinden auf die jeweilige Verbandsgemeinde übertragen werden.

Nach § 2 Abs. 1 GemO ist die Breitbandversorgung eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Ortsgemeinde. Gemäß § 67 Abs. 5 können Ortsgemeinden Selbstverwaltungsangelegenheiten den Verbandsgemeinden mit deren Zustimmung zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung übertragen.

Nach der Übertragung der Zuständigkeit auf die Verbandsgemeinden würde der Landkreis Bernkastel-Wittlich mittels einer vertraglichen Vereinbarung mit den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden temporär den sachlich begrenzten Aufgabenteil „Ertüchtigung des Breitbandnetzes im Landkreis hin zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz“ übernehmen. Hierzu zählen neben dem Planen und Umsetzen des Breitbandausbaus auch das Erteilen von Aufträgen und das Stellen von Förderanträgen. Die beteiligten Gebietskörperschaften verpflichten sich im Gegenzug, die nicht durch Fördermittel beziehungsweise Kostenbeteiligungen von EU, Bund, Land und Kreis sowie sonstige Zuwendungen Dritter gedeckten Kosten an den Kreis zu erstatten.

Von der geplanten Ausbaustrategie profitieren nicht nur schlecht versorgte Ortsgemeinden; auch nach heutigem Stand gut versorgte oder kürzlich ausgebaute Gemeinden können von dem durchzuführenden flächendeckenden Ausbau auf einheitliche NGA-Standards positive Effekte erwarten.

Die Kosten des Projektes stehen gegenwärtig noch nicht fest und können erst nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie schätzungsweise bzw. nach erfolgter Ausschreibung, die im ersten Halbjahr 2016 vorgesehen ist, genau beziffert werden. Seitens des Landes werden Fördermittel von bis zu 7 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Die Bundesförderung kann bis zu 10 Millionen Euro betragen. Das Projekt „Breitbandausbau im Landkreis Bernkastel-Wittlich“ soll Ende 2018 abgeschlossen sein.

Anschließend beantragte die Vorsitzende, die Beratung zunächst nichtöffentlich weiter zu führen.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Nach Wiederherstellung der öffentlichen Sitzung fasste der Ortsgemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Malborn begrüßt das Vorhaben des Landkreises, die Breitbandinfrastruktur im Landkreis hin zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz zu ertüchtigen, und überträgt nach § 67 Abs. 5 GemO der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf mit deren Zustimmung die Aufgabe der „Breitbandversorgung“.

2. Die Ortsgemeinde Malborn erklärt sich damit einverstanden, dass die Einzelheiten des NGA-Ausbaus in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Landkreis Bernkastel-Wittlich und den Verbandsgemeinden sowie den verbandsfreien Gemeinden im Landkreis geregelt werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 9: (Wahl eines neues Mitglieds in den Haupt- und Finanzausschuss)

Ortsbürgermeisterin Hogh teilte mit, dass Frau Jennifer Trees aus dem Haupt- und Finanzausschuss ausgeschieden sei. Dies habe zur Folge, dass der Ausschusssitz neu besetzt werden müsse. Aufgrund des Vorschlagsrechts der FWG Hogh werde Herr Siegfried Knop als neues Mitglied vorgeschlagen.

Vor der Abstimmung über den Wahlvorschlag beschloss der Rat zunächst nach § 40 Abs. 5 GemO offene Abstimmung.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Anschließend wurde Herr Siegfried Knop als Ausschussmitglied (Bürgermitglied) für das ausgeschiedene Ausschussmitglied Jennifer Trees gewählt.

Die Wahl erfolgte einstimmig.

Zu Top 10: (Ankauf AS-Mäher)

Die Vorsitzende teilte mit, dass Angebote von verschiedenen Fachfirmen für die Beschaffung eines AS-Mähers eingeholt wurden. Preisgünstigster Anbieter sei die Fa. FMT Forst- Mähgeräte GmbH, Otzenhausen, mit einem Gesamtpreis in Höhe von 1.849,99 €.

Nach erfolgter Beratung beschloss der Ortsgemeinderat, den Auftrag für die Lieferung eines AS-Mähers AS 26 AH 9/3 Kat an die Fa. FMT Forst- Mähgeräte GmbH, Otzenhausen, zu einem Gesamtpreis in Höhe von 1.849,99 € zu vergeben.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 11: (Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin)

Die Ortsbürgermeisterin teilte mit, dass der Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich vorliege. Ein Auszug des Prüfberichtes sei an die Ratsmitglieder weitergeleitet worden.

Zu Top 12: (Einwohnerfragestunde)

Auf Anfrage von Ratsmitglied Lauer teilte die Vorsitzende mit, dass die Aufträge für die Straßenreparaturarbeiten vergeben seien und die Ausführung nach Besserung der Witterungsverhältnisse erfolgen werden.